



Einzureichen an:

Von der Investitionsbank auszufüllen

Investitionsbank Sachsen-Anhalt
Kommunalentwicklung und
-beratung
Domplatz 12
39104 Magdeburg

Eingangsdatum



Kd-Nr.:

Ich/Wir beantrage(n) bei der Investitionsbank Sachsen-Anhalt (IB) die Gewährung eines Zuschusses aus dem Programm

BERGBAUSANIERUNG

(Finanzplanebene 15.05bsz13.03.0.

Investitionen zur Beseitigung von Gefahren aus dem Altbergbau ohne Rechtsnachfolger)
gemäß der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von
Bergbausanierungsmaßnahmen im Altbergbau ohne Rechtsnachfolger im Land Sachsen-Anhalt/RdErl. des
MW vom 17.06.2015 – 36-34314, MBl. LSA Nr. 26/ 2015, S. 432

1. ANGABEN DER GEBIETSKÖRPERSCHAFT

1.1 Allgemeine Angaben

Name der Gebietskörperschaft

Straße, Hausnummer

Vorwahl/Rufnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

Landkreis/Gemeindenummer

Ansprechpartner zum Antrag (Name, Vorname)

Vorwahl/Rufnummer/Fax

E-Mail

Vorsteuerabzugsberechtigt?

Ja

Nein

teilweise mit

%

2. KURZANGABEN ZUM VORHABEN

2.1 Ort des Vorhabens (sofern abweichend von Ziffer 1.1)

Straße, Hausnummer

PLZ

Ort

ggf. Ortsteil

2.2 Vorhabensbezeichnung

Titel des Vorhabens

2.3 geplante zeitliche Dauer

Beginn des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr

geplantes Ende des Vorhabens

Tag/Monat/Jahr



2.4 Gegenstand des Vorhabens

- Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren aus **untertägigem** Bergbau, insbesondere zur Wiederherstellung oder dauerhaften Gewährleistung der Standsicherheit an der Tagesoberfläche, zur Sanierung von Grundwasser und Oberflächengewässern und Verhinderung von Vernässungen im Einzugsbereich von Wasserlöseestollen, infolge von Senkungen oder geändertem Grundwasserstand.
- Maßnahmen zur Beseitigung von Gefahren aus **obertägigem** Bergbau bei Tagebaurestlöchern, Halden und Kippen zur Herstellung der dauerhaften Standsicherheit und zur Sicherung eines sich selbst regulierenden Wasserhaushalts.
- Anlagen in und an Gewässern zweiter Ordnung im Zusammenhang mit Wasserlöseestollen.
- Konzeptplanungen im Zusammenhang mit einer Risikobewertung ausgewählter Wasserlöseestollen.

3. Rechtsverhältnis des Antragstellers zu den vom Vorhaben betroffenen Grundstücken

Antragsteller ist Grundstückseigentümer

Erbbauberechtigter (Dauer bei Antragstellung Jahre)

Grundstückseigentümer

Mieter, Pächter oder sonstige Nutzungsverhältnisse

Art des Vertrages

unbefristet Ja Nein

Wenn Nein, Dauer des Vertrages vom Tag/Monat/Jahr bis Tag/Monat/Jahr

Der Vertrag ist erstmals zum Tag/Monat/Jahr kündbar.

4. Wurden für die dem Förderantrag zugrundeliegenden Maßnahmen bereits öffentliche Fördermittel beantragt, bewilligt oder in Anspruch genommen? (Wenn Ja, bitte vollständig auführen – Antrag bzw. Bewilligungsbescheid beifügen)

Antragsdatum	Vorhabensbezeichnung	Bewilligungsdatum	Bewilligungsbehörde
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>

5. Beschreibung und Begründung des unter Ziffer 2. bezeichneten Vorhabens

Die vorgesehenen Investitionen sowie die damit bezweckten Ziele sind in einer Anlage zum Antrag gesondert darzustellen und zu begründen.

6. AUSGABEN- UND FINANZIERUNGSPLAN

6.1 Geplante Ausgaben für das Projekt (in Euro)

	Summe
Baukosten	<input type="text"/>
Baunebenkosten	<input type="text"/>
davon Planungsleistungen*	<input type="text"/>
Kosten für Konzeptplanungen	<input type="text"/>
sonstige Ausgaben, die im unmittelbaren Zusammenhang mit den Sanierungsmaßnahmen stehen (detaillierte)	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe der geplanten Ausgaben	<input type="text"/>

*gemäß Pkt. 5.4 der Richtlinie sind Planungsleistungen auf 12 v.H. der Gesamtausgaben begrenzt

6.2 Aufteilung mehrjähriger Maßnahmen

Jahr	geplante Gesamtausgaben (in Euro)	beantragter Zuschuss (in Euro)
20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
20	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Summe	<input type="text"/>	<input type="text"/>

6.3 Finanzierung der Ausgaben (in Euro)

Eigenmittel	<input type="text"/>
Beantragte Zuwendung	<input type="text"/>
Fremdmittel	<input type="text"/>
weitere Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln und/oder sonstige öffentliche Finanzierungshilfen (bitte bezeichnen)	<input type="text"/>
sonstige Fremdmittel (bitte bezeichnen)	<input type="text"/>
Summe der Finanzierungsmittel	<input type="text"/>

7. Vorhabenskennzahlen

	Kennzahlen	ME	Mengen
1	Größe der sanierten Fläche	qm	<input type="text"/>
2	versetzte Strecken - Länge	m	<input type="text"/>
3	verfüllte Schächte	Anzahl	<input type="text"/>
4	Wasserbaumaßnahmen	Anzahl	<input type="text"/>
5	renaturierte Strecke	m	<input type="text"/>
6	ökologische Ausgleichmaßnahmen	qm	<input type="text"/>
7	Konzeptplanungen	Anzahl	<input type="text"/>
8	Anzahl der Einwohner in der betroffenen Gemeinde, die von Risiken des Altbergbaus betroffen sind und auf deren Gebiet Schutzmaßnahmen notwendig sind	Anzahl	<input type="text"/>
9	Anzahl der Einwohner in der betroffenen Verwaltungseinheit (z.B. Verbandsgemeinde), die von Risiken des Altbergbaus betroffen sind und auf deren Gebiet Schutzmaßnahmen notwendig sind	Anzahl	<input type="text"/>

8. DEM ANTRAG BEIZUFÜGENDE UNTERLAGEN

Die dem Antrag beizufügenden Unterlagen entnehmen Sie bitte der zu diesem Förderprogramm gehörenden Unterlagencheckliste.

9. ERKLÄRUNGEN DER/DES ANTRAGSTELLENDEN

- Mir/Uns sind die geltenden „Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Bergbausanierungsmaßnahmen im Altbergbau ohne Rechtsnachfolger im Land Sachsen-Anhalt“ – RdErl. des MW vom 17.06.2015 (MBI. LSA Nr. 26/2015 vom 31. Juli 2015, Seite 432 ff.) und die sich daraus ergebenden Voraussetzungen für eine Bewilligung bekannt. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung nicht besteht und dass ich/wir im Falle einer Bewilligung die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung an Gebietskörperschaften und Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften in der Rechtsform einer juristischen Person des öffentlichen Rechts (ANBest-Gk) sowie besondere für dieses Förderprogramm geltende Pflichten zu beachten habe(n). Die Regelungen aus den o. g. Richtlinien sowie den ANBest-Gk werden anerkannt.
- Mit dem im Antrag dargestellten Vorhaben habe(n) ich/wir noch nicht begonnen und werde(n) auch nicht vor Ablauf von mindestens 4 Wochen nach Antragseingang bei der IB, es sei denn, ich/wir erhalte(n) auf Antrag eine schriftliche Genehmigung zum vorzeitigen Vorhabensbeginn. Mir/Uns ist bekannt, dass als Vorhabensbeginn grundsätzlich bereits der verbindliche Abschluss eines Lieferungs- oder Leistungsvertrages im Zusammenhang mit dem Vorhaben anzusehen ist. Planung, Bodenuntersuchung (insbesondere Bohrungen) und ähnliche für die Antragstellung unabdingbare Leistungen gelten nicht als Vorhabensbeginn.
- Die Gesamtfinanzierung des Vorhabens ist unter Einbeziehung des beantragten Zuschusses gesichert. Die zu erwartenden Folgekosten können von mir/uns finanziert werden.
- Ich/Wir versichere/versichern, dass bei Vorliegen einer Vorsteuerabzugsberechtigung nach § 15 Umsatzsteuergesetz (UStG) die angegebenen Ausgaben keine Umsatzsteueranteile enthalten.
- Ich/Wir gewährleiste(n) eine projektbezogene Einzelabrechnung der Einnahmen und Ausgaben sowie deren Unterscheidung vom üblichen Geschäftstransfer. In den angegebenen Ausgaben sind innerbetriebliche Umlagen nicht enthalten.
- Ich/Wir erkläre(n), dass dieses Vorhaben nicht im Auftrag Dritter durchgeführt wird oder werden soll.
- Für das Vorhaben wurden und werden bei anderen Stellen keine weiteren öffentlichen Förderungen oder Finanzierungshilfen über die im Finanzierungsplan (Ziffer 6.3 dieses Antrages) angegebenen öffentlichen Mittel bzw. Finanzierungshilfen hinaus beantragt.
- Ich/wir erkläre(n), dass die beantragte Trassenführung / Zuwegung mit der Flurerneuerungsbehörde abgestimmt ist (nur zutreffend, wenn bekannt ist, dass ein Flurerneuerungsverfahren durchgeführt wird).
- Ich/wir erkläre(n), dass das Vorhaben mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung vereinbar ist.
- Ich/wir erkläre(n), dass die Belange des Umwelt- und Naturschutzes berücksichtigt werden.
- Gegen mich/uns ist kein Wiedereinziehungsverfahren gemäß Art. 71 der VO (EU) Nr. 1303/2013 (Regelungen zur Dauerhaftigkeit von Vorhaben) aufgrund einer Verlagerung der mit diesem Antrag im Zusammenhang stehenden (Produktions-)Tätigkeit eingeleitet worden, und ein derartiges Verfahren steht auch nicht kurz bevor.
- Mir/Uns ist bekannt, dass ich/wir verpflichtet sind, die Vorschriften des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zu beachten.
- Bei der Realisierung des beantragten Vorhabens werden die hierfür geltenden Vorschriften des Umweltrechts der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Sachsen-Anhalt eingehalten, sofern geschützte Umweltmedien von dem Vorhaben betroffen sind (z.B. durch Emissionen in Luft, Wasser, Boden, Lärm, Abfall). Es wird sichergestellt, dass negative Umweltwirkungen durch das Vorhaben entsprechend den aktuellen Umweltstandards so gering wie möglich gehalten werden.
- Ich/wir erkläre(n), dass im Falle eines Verkaufs oder Überlassung der im Rahmen dieses Programms erschlossenen Grundstücke und Gebäude gemäß Punkt 6.1 der Richtlinie verfahren(n) wird; d.h. der Verkauf oder die Überlassung erfolgt erst nach entsprechender Publizität zu Marktbedingungen; soweit der Verkaufspreis die Kosten für den Grundstückserwerb zuzüglich des Eigenanteils des Trägers an den Erschließungskosten überschreitet, ist der gewährte Zuschuss um den übersteigenden Betrag zu kürzen oder zurück zu zahlen.

- o) Ich/wir erkläre(n), dass die betreffende Fläche nicht unter die Freistellungsregelung nach Artikel 1 § 4 des Umweltrahmengesetzes fällt.
- p) Ich/wir erkläre(n), dass bei Mehrfachbetroffenheit (z.B. untertägiger Altbergbau) die entsprechenden Einverständniserklärungen der betroffenen Grundstückseigentümer vorliegen.
- q) Ich/Wir versichere/versichern die Richtigkeit und Vollständigkeit der von mir/uns gemachten Angaben im Antrag sowie in den beigefügten Anlagen/Unterlagen. Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, die IB unverzüglich zu informieren, wenn Änderungen gegenüber diesen Angaben eintreten.
- r) Mir/Uns ist bekannt, dass die IB berechtigt ist, weitere Angaben und Unterlagen anzufordern, soweit diese für die Entscheidung erforderlich sind. Ich verpflichte mich/Wir verpflichten uns, alle noch zur Bearbeitung dieses Antrages erforderlichen Unterlagen/Informationen/Auskünfte zu erbringen/zu erteilen. Sollten im Rahmen der Antragsbearbeitung Prüfungen an Ort und Stelle für notwendig gehalten werden, so erkläre(n) ich mich/wir uns damit einverstanden.
- s) Ich/Wir erkenne(n) an, dass die IB berechtigt ist, Stellungnahmen anderer Stellen für die Beurteilung der/des Antragstellenden einzuholen. Zu diesem Zweck befreie(n) ich/wir Verbände, Kammern sowie Behörden von ihren Verschwiegenheitspflichten.
- t) Ich/Wir entbinde(n) die Finanzbehörden gegenüber der IB von der Pflicht zur Wahrung des Steuergeheimnisses (§ 30 Abgabenordnung).
- u) **Belehrung über die Strafbarkeit des Subventionsbetrugs:** Mir/Uns ist bekannt, dass es sich bei den beantragten Fördermitteln um eine Subvention handelt, auf die § 264 des Strafgesetzbuches (StGB) und gemäß § 1 des Subventionsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SubvG-LSA vom 09.10.1992, GVBl. S. 724) die §§ 2 bis 6 des Gesetzes gegen missbräuchliche Inanspruchnahme von Subventionen (SubvG, Bundesgesetzblatt (BGBl.) 1976, Teil I, S. 2037 f.) Anwendung finden. Gemäß § 3 SubvG besteht die Verpflichtung, unverzüglich alle Tatsachen mitzuteilen, die der Bewilligung, Gewährung, Weitergewährung, Inanspruchnahme oder dem Belassen der Subvention oder des Subventionsvorteils entgegenstehen oder für die Rückforderung der Subvention oder des Subventionsvorteils erheblich sind. Subventionserhebliche Tatsachen im Sinne dieser Vorschriften sind die Angaben bzw. Erklärungen zu den Ziffern 1., 2., 3., 4., 7. und zu den Ziffern 9.b), 9.c), 9.d), 9.e), 9.f), 9.h), 9.i), 9.j), 9.k), 9.m), 9.n), 9.o), 9.p) sowie 9.q) dieses Antrages und die Angaben in den zu diesem Förderprogramm beizufügenden Unterlagen gemäß Ziffer 1. bis 13. der Unterlagencheckliste.

10. EINWILLIGUNG IN DIE VERARBEITUNG UND VERÖFFENTLICHUNG PERSONENBEZOGENER DATEN

10.1 Publikation

Mir/Uns ist bekannt, dass mein/unser Vorhaben mit Vorhabens relevanten Daten gemäß Nr. 1 des Anhangs XII der Verordnung (EU) Nr. 1303/2013 vom Land Sachsen-Anhalt veröffentlicht wird.

UNTERSCHRIFT(EN) DER/DES ANTRAGSTELLENDEN/BEVOLLMÄCHTIGTEN

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Ort, Datum

Name des Unterzeichnenden (in Druckbuchstaben)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)

Unterschrift (Stempel, sofern relevant)